

Verantwortl. Redakteur: R. D. Köhler in Stettin.
 Verleger und Drucker: R. Graßmann in Stettin, Kirchplatz 3-4.

Bezugspreis:
 in Stettin monatlich 50 Pf., mit Votenlohn 70 Pf.,
 in Deutschland vierteljährlich 1 Mk. 50 Pf., mit Votenlohn 2 Mk.

Anzeigen: die Kleinzeile oder deren Raum im Morgenblatt
 15 Pf., im Abendblatt und Neblamen 30 Pf.

Morgen-Ausgabe.

Annahme von Anzeigen Kohlmarkt 10 und Kirchplatz 3.

Vertretung in Deutschland: In allen größeren Städten
 Deutschlands: H. Woffe, Danneberg & Vogler, G. L. Domb, J. Waldbenbank, Berlin: Bernh. Mühl, Max Gerstmann, Eberhard W. Thienes, Greifswald G. Jüles, Halle a. S. Jul. Ward & Co. Hamburg Joh. Nothmann, A. Steiner, William Wilkens, in Berlin, Danzberg und Frankfurt a. M. Geinr. Eisler. Kopenhagen Aug. J. Wolff & Co.

Abonnements-Einladung.

Unsere geehrten Leser, namentlich die auswärtigen, bitten wir, das Abonnement auf unsere Zeitung recht bald erneuern zu wollen, damit ihnen dieselbe ohne Unterbrechung zugeht und wir sogleich die Stärke der Auflage feststellen können. Die reichhaltige Fülle des Materials, welches wir aus den politischen Tagesereignissen, aus den Kammer- und Reichstags-Berichten, aus den lokalen und provinziellen Begebenheiten, aus den Schiffahrtsverkehr und anderen Nachrichten, für deren schnellste Uebermittlung wir ein eigenes Bureau in Berlin errichtet haben, ist so bekannt, daß wir es uns versagen können, zur Empfehlung unserer Zeitung irgend etwas zuzufügen. Ebenso werden wir auch ferner für ein interessantes und spannendes Feuilleton Sorge tragen.

Der Preis der täglich zweimal erscheinenden Stettiner Zeitung beträgt in Deutschland auf allen Postanstalten vierteljährlich nur 1,50 Mark, in Stettin in der Expedition monatlich 50 Pfennige, mit Bringerlohn 70 Pfennige.

Die Stettiner Zeitung ist daher die billigste politische Zeitung, welche täglich zweimal und in einem so großen Formate erscheint und den Lesern eine solche von keinem andern hiesigen Blatte auch nur annähernd erreichte Fülle von Nachrichten bringt. Wir weisen auch noch besonders darauf hin, daß unsere Stettiner Zeitung die Nachrichten über die Berliner und hiesige Getreide-, Waaren- und Fondsbörse bereits im Abendblatt des gleichen Tages veröffentlicht und diese Nachrichten daher den hiesigen und auswärtigen Interessenten auf das allerschnellste übermitteln.

Die Redaktion.

E. L. Berlin, 15. Dezember.

Deutscher Reichstag.

11. Plenarsitzung vom 15. Dezember, 1 Uhr.

Am Bundesrathssitz: Graf Posadowsky, von Götter, Hr. v. Thielmann.
 Zunächst gelangt ein schleuniger Antrag Richter zur Annahme betr. Einstellung eines gegen den Abg. Bachnide schwebenden Strafverfahrens für die Dauer der Session.

Alsdann wird die erste Lesung des Etats fortgesetzt.

Abg. Graf Kanitz (kons.) äußert seine Verwunderung darüber, daß Richter gestern über das Verbot des Getreidehandels gesprochen habe, während er dies doch bei Beratung jenes Gesetzes unterlassen habe. (Abg. Richter ruft: Ich kann doch nicht überall sprechen! Große Heiterkeit.) Auf jeden Fall hätten die Landwirtschaft mit dem Terminhandelsverbot die bezweckte Gewährung der Absenkung erreicht. Die von der Linken prophezeite Auswanderung des Terminhandels an auswärtige Plätze, Amsterdam, sei durchaus unterblieben. Von einer Wiedereinführung des Getreidehandels könne man nun und nimmermehr die Rede sein, zumal man in ganz West- und Süddeutschland gar nichts davon wissen wolle, und überhaupt nur ein kleiner Kreis von Spekulanten dafür eintrete. Die bisherige Haltung des preussischen Handelsministers in der Frage der Handelsverträge zwischen dem Reich und den auswärtigen Staaten ist sehr ungünstig, und ebenso ist es zweifellos, daß die Vorbereitungen auf die künftigen Handelsverträge gründlicher sein würden, als die auf die jetzt geltenden Verträge. Den Abschluß eines Vertrages mit Amerika stelle sich Richter viel zu leicht vor. Betrachte man doch dort den Regiprozents-Paragrafen als puren Schwindel! Er müsse noch heute die Bitte an die Regierung, die er schon zu Herrn von Marsschalls Zeiten, aber vergeblich ausgesprochen habe, wiederholen: daß sobald als möglich in eine Revision der Handelsverträge eingetreten werde. Die Schwierigkeiten könnten wirklich nicht so groß sein. Zum Schluß wolle er noch einen kurzen Ausblick auf die Flottenfrage und ihre Motive thun. Ein Artikel der Norddeutschen Allgemeinen Zeitung betone das Bedürfnis der Getreidezufuhr zu Kriegzeiten. Woher habe die „Norddeutsche“ dies Argument?

Das ist ja gerade unser Argument, mit dem wir stets unser Verlangen nach Förderung unseres Getreidehandels begründeten. Aber wenn wir mit diesem Argument kommen, hat die Regierung es stets von oben herab behandelt. Auf die Getreidezufuhr von außen sollte man sich für den Kriegsfall nicht verlassen, sondern vielmehr die deutsche Landwirtschaft in die Lage versetzen, unseren Bedarf zu decken. Das ist wertvoller, als die Sicherung der Zufuhr. Möge auch die Regierung zu dieser Einsicht kommen. (Beifall rechts.)

Abg. Bebel: Graf Kanitz hat vorhin so abfällig über unsere Zustimmung zu den Handelsverträgen gesprochen. Aber wir sind doch die größte Partei im Reich, wir vertreten 1 700 000 Wähler. Graf Kanitz hat sich vorhin auch auf eine Broschüre eines gewissen Fischer gegen die Sozialdemokratie berufen. Dieser Fischer ist aber wegen gemeiner Vergehen bestraft; er ist auch gar nicht der deutsche Sprache mächtig; sein eigentlicher Mutterraum ist ein Medaillen-Fabrikant von der „Post“, der aus dem Verein Berliner Presse hat auscheiden müssen. Nicht ein Krupp und ein Stumm hätten sich so kühn als Lobredner des Kapitalismus aufspielen können, wie es gestern Herr Baasche gethan hat, ein Mann, der mit der ganzen Wissenschaft seines Jahrhunderts ausgerüstet sein will. (Heiterkeit.) Richter verbreitet sich jedoch über Landwirtschaft und Industrie und Handwerk im Lichte der neuesten Verfassungskritik und Handelsverträge, sowie der Einkommenssteuerverhältnisse. Danach verschwinden im Gewerbe, speziell im Handwerk, die selbstständig Thätigen immer mehr. Das Proletariat wächst immer mehr an. Um so begründeter ist die Forderung nach gleichen Rechten auch für die Arbeiter. Unleugbar sei auch, daß die Arbeiter zu den Lasten des Reiches außerordentlich stark beitragen müßten, vermittelst der indirekten Steuern, zumal gerade auch bei den Arbeitern die Zahl der Familienangehörigen eine durchschnittlich mindestens so große sei, wie bei den Unternehmern. Wenn Baasche die nationalökonomische Weisheit, die er gestern den Mühlbänken, hier vorzubringen, in Arbeiterversammlungen in Frankfurt, Kottbus, Gersfeld, Barmen, dem sächsischen Bogtand u. s. w. vorgelesen hätte, er wäre ausgelacht und verhöhnt worden. Herr Baasche sollte da lieber seinen Beruf als Professor aufgeben! (Heiterkeit.) Nun zum Grafen Hohenhausen! Derselbe hatte gemeint, der Würde des Hauses halber habe er das Wort genommen. Ich glaube, wenn Graf Hohenhausen nichts gesagt hätte, der Reichstag hätte auch nichts verloren. Was derselbe mir erwiderte, traf auch gar nicht das, was ich gekürzt hatte. Ich habe nicht gesagt, daß 10 000 Sachjen von den Ueberschwemmungen ruiniert seien, sondern 10 000 Sachjen, Schiffer u. s. w. Ich gebe zu, daß Sachjen mit seinen Unterthänigen Preußen um einen Schritt vorausgekommen ist. Preußen hat, nachdem erst zwei Millionen zusammenberufen worden sind, auch seinerseits als Staat 2 Millionen gegeben, der Niedrigkeit entsprechend, die der preussische Staat immer in solchen Kulturfragen bewiesen hat. Nicht 2, nein zwanzig Millionen hätte der Staat bewilligen müssen. Richter berührt jedoch die Frage bezw. Vorlage betr. Aufhebung des Verbotssatzes in der Sachjen sowie in Preußen. Der Reichstanzler habe im Juni 1896 gewünscht, daß er eine einfache Aufhebung des Verbotssatzes in Preußen wahrnehmen nicht durchsetzen könne, gleichwohl aber habe der Kanzler geschwiegen und es gekostet, daß Tags darauf Herr von Bötticher erklärt, die Zulage des Kanzlers sei rechtlich und materiell unanfechtbar. Im Gegensaatz zum Reichstanzler, der jetzt ein bestimmtes Versprechen nicht gegeben haben wolle, habe Herr von Bötticher im sächsischen Landtage erklärt: wir erfüllen mit unserer Vorlage einfach, was wir versprochen haben! Weiter wendet sich Richter gegen den Grafen Posadowsky, der das Koalitionsrecht der Arbeiter als etwas Nebenbedingtes betrachte. Nach dem, wie sich Posadowsky hierüber geäußert, müßten die Arbeiter, daß sie von ihm in Bezug auf Sozialreform nichts zu erwarten hätten. Man sehe ja auch, wie die Arbeiter-Verordnung nur auf dem Papier stehe, nicht in der That. Seit im Vorjahr der Reichstagskommission Herr v. Mottburg durch Herrn v. Bötticher ersetzt sei, wisse man auch, daß dort nur das Interesse der Arbeitgeber vertreten werde. Ebenso gleichgültig wie die Regierung den berechtigten Interessen der Arbeiter gegenüber, ebenso wenig berücksichtige sie die berechtigten Forderungen der Arbeitgeber. Herr Bötticher habe das Verhalten der preussischen Regierungverwaltung seit 1893 gegenüber 400 ausländischen Gewerbeten zu vertheidigen gesucht, dabei aber zu erwähnen vergessen, daß jene Verwaltung die Arbeiter zum Streik direkt gereizt habe. Wenn Leute, die Andere im Duell ermordet haben, sehr bald begnadigt werden, wenn Polizeibeamte, die wegen schwerer Mißhandlungen verurtheilt wurden, ebenfalls begnadigt wurden, wenn Sittlichkeitsverbrecher aus höchsten Kreisen begnadigt werden, und wenn demgegenüber Arbeiter, die einmal gestreikt oder Exzesse begangen hatten, keine Begnadigung erlangen und nicht wieder zur Arbeit zugelassen werden, so charakterisiert das wohl zur Genüge das Messen mit zweierlei Maß. Weiter betont Richter den klaffenden Widerspruch zwischen den kolossalen militärischen und politischen Leistungen und den friedensbedingten Leistungen der Monarchen, indem er dabei auf den Toast des Kaisers bei der letzten Zusammenkunft mit dem russischen Kaiser hinweist. Wenn die Herren zusammenkommen, fließen sie über von friedlichen Versicherungen, denn „weß das Herz voll ist, fließt der Mund über“. Und da kündigt man uns jetzt noch eine Artillerievorlage an! Auch die entsprechende Vertretung der agrarischen Interessen durch Graf Posadowsky beleuchtet Richter. Nach den Versicherungen des Staatssekretärs müßten die Arbeiter eine weitere Verbesserung der notwendigen Lebensmittel auf das bestimmte gewärtigen, nachdem man ihnen auch das Fleisch durch Schweinefleischverbot rückwärtslos verweigert habe. Richter streift ferner die Empfehlung der Hülfskassen Blätter durch das Reichsversicherungsamt, und die offizielle Empfehlung der Zeitung „Der Werftarbeiter“ in einem Schreiben des Staatssekretärs Tirpitz an die Werftarbeiter. Die Kommission möge Aufschlüsse verlangen, ob dieses Blatt etwa gar aus Reichsfonds unterstützt werden solle. Graf Posadowsky habe von allerlei sozialistischen Unternehmungen gesprochen, die zu Grunde gegangen seien. Welche

Weisheit eines Ministers am Ende des 19. Jahrhunderts! Sozialistische Unternehmungen sind in der bürgerlichen Gesellschaft überhaupt unmöglich! Unter Herrn Posadowsky ist die Sozialreform so gut wie eingestarrt. (Posadowsky ruft wiederholt: warten Sie doch ab!) Graf Posadowsky hätte lieber im Schamant bleiben sollen, da paßte er besser hin! (Beifall links.)

Abg. Hajje (nat.) bemerkt in seinem eigenen Namen, es sei eines hochkultivierten, politisch reifen Volkes nicht würdig, wenn der Reichstag sich in einer solchen hochpolitischen Frage Reserven auflege, wie es die Frage unserer deutschen Brüder in Oesterreich sei. Wir müßten ihnen unbedingt unsere Sympathien in ihrem Kampfe gegen geistliche und politische Verdränger ausdrücken. Eine hiesige Zeitung lehnte jede Sympathie mit unseren Brüdern in Oesterreich ab, weil es Demokraten seien. Aber mir steht ein demokratischer rother Volksgenosse, Bauer oder Arbeiter noch immer näher, als der höchste geborene Geizhals oder Böse. Schlimmer aber als das sind die weissen Verdränger, die wir gestern gehört haben. Der Staatssekretär von Bülow hat gestern gemeint, wir dürften uns nicht in innere Angelegenheiten Oesterreichs einmischen. Aber wir dürfen dann auch nicht nicht dulden, daß man sich in unsere Angelegenheiten einmischt. Ich kann da ein Beispiel anführen. Ein hoher Beamter in Pest hat die Rede unseres Kaisers in Pest dahin ausgelegt, daß er das zulassen werde, wenn die Rechte der Deutschen so mit Füßen getreten werden. Ich hoffe, der Reichstanzler wird keinen Zweifel daran lassen, daß die Rede nicht so ausgelegt werden darf.

Abg. v. Gzarlinski, Pole, schloß darzutreten, daß nicht die Gehen und Polen es seien, die den Kampf in Oesterreich heraufbeschworen hätten, und verlangt, daß man vor Allen den Polen auch in Preußen Gerechtigkeit widerfahren lassen möge.

Kontre-Admiral Büchel: Die von Herrn Bebel erwähnte Zeitung ist allerdings von dem Herrn Staatssekretär Tirpitz empfohlen worden. Der „Vorwärts“, der das Schreiben abdruckt, hat allerdings den Passus abgedruckt vergessen, daß die Arbeiter behufs Wakens der Zeitung nicht beeinflusst werden sollen. Des Staatssekretärs Recht und Pflicht ist es, eine Zeitung zu empfehlen, welche die Interessen der Arbeiter, des Schiffbaues, der Marine auf dem Boden der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung wahrnehmen will. Der Staatssekretär giebt keinen Pfennig Geld für die Zeitung und wird auch ein etwaiges Defizit nicht decken.

Abg. Hajje tritt alsdann für eine agrarische Wirtschaftspolitik ein. Das Vorgehen müsse unanfechtbar gehandhabt werden.

Abg. Althardt geht unter Anrüh und allgemeiner Heiterkeit auf die Ausführungen Richters ein. Richter fordert progressive Umgestaltung. Nach längerer Rede vertagt sich das Haus.

Es folgen persönliche Bemerkungen. Der Präsident erklärt eine Nebensatzung des Abg. v. Stumm für beleidigend und will morgen auf die Sache zurückkommen.

Nächste Sitzung morgen 12 Uhr.

Tagesordnung: Antrag der Geschäftsordnungskommission über das Mandat Baasche, obann Fortsetzung der heute abgebrochenen Beratung und Militärstrafgesetze.

Schluß 7 1/2 Uhr.

Deutschland.

Berlin, 15. Dezember. Dem Reichstage ist eine Uebersicht der vom Bundesrathe gefassten Entschlüsse auf Beschlüsse des Reichstages aus früheren Sessionen zugegangen. Derselben sind die folgenden Mittheilungen zu entnehmen:

Den Reichstagsbeschlüssen wegen der Abänderung eisa-lotbrünger Gesetze, wegen Abänderung des Wahlgesetzes und wegen der Gewährung von Ditteln für die Reichstagsmitglieder hat der Bundesrath seine Zustimmung verweigert.

Desgleichen ist wiederum beschlossen worden, der Resolution wegen Einführung eines Schutzgesetzes auf Quecksilber keine Folge zu geben. In Betreff des Reichstagsbeschlusses wegen Aufhebung des § 2 des Feuertagesgesetzes steht die Beschlußfassung des Bundesraths noch aus.

Die vom Reichstage dem Reichstanzler zur Erwägung überreichte Petition des Vorstandes des Vereins deutscher Zeitungsverleger wegen Ergänzung des § 22 des Pressegesetzes hat der Bundesrath abgelehnt.

Bezüglich der Beschränkung des Zollkreises bei der Einfuhr von Getreide und Mühlenfabrikaten sind die Erörterungen noch nicht abgeschlossen.

Zu der Forderung wirksamer Durchführung der §§ 120a bis 120c der Gewerbeordnung (Schutz der Gesundheit und Sittlichkeit) und der Ausdehnung der §§ 135—139b (Schutz der jugendlichen und weiblichen Arbeiter) auf die Hausindustrie ist bemerkt:

Der Bundesrath hat die Angelegenheit dem Reichstanzler überwiesen. Zugewiesen sind die Bekanntmachungen vom 2. Februar und 31. Juli 1897, betreffend die Einrichtung und den Betrieb von Anlagen zur Darstellung von Alkali-Chromen sowie von Buchdruckereien und Schriftgießereien ergangen. Hygienische Arbeiterbeschützungschriften für eine Reihe weiterer Gewerbegebiete sind in Vorbereitung. — Mit der Ausdehnung der §§ 135 bis 139 der Gewerbeordnung auf Grund des § 154 Abs. 4 a. O. ist durch den Erlass der Verordnung über die Verhältnisse der Arbeiter- und Wärgelkonfektion vom 31. Mai 1897 begonnen.

Wegen der Sicherung der Forderungen der Bauhandwerker sind die Erörterungen noch nicht abgeschlossen.

Wegen der Reform der Eisenbahntarife sind Verhandlungen mit den meistbetheiligten Bundesregierungen eingeleitet.

Ein Gesetzentwurf über die Regelung der Vorspannvergütungsfrage ist in der Vorbereitung begriffen.

Die Erhöhung des Meistgehalts der Landbriefträger hat sich deshalb als unthunlich erwiesen, weil die Aufbesserung der Besoldungen der Unterbeamten vorläufig als abgelehnt zu betrachten ist, und die Zulassung einer Ausnahme zu unannehmbaren Konsequenzen führen würde.

Die Erörterungen wegen Anstellung eines Gegenwärtigen zur Umgestaltung des bestehenden Post-Zeitungsvertrages unter Berücksichtigung des Gewichts der zu befördernden Zeitungsnummern sind im Gange, jedoch noch nicht abgeschlossen.

Es finden im Reichspostamt Erwägungen darüber statt, ob und inwieweit in der Personalorganisation bei der Post- und Telegraphenverwaltung eine Aenderung vorzunehmen sein wird. Es sind umfangreiche Ermittlungen darüber angestellt worden, ob die Erhöhung des Maginmalgewichts für einfache Briefe angängig ist. Die bezüglichen Ermittlungen sind noch nicht beendet.

Eine allgemeine Neuordnung der Fernsprechgebühren ist in Aussicht genommen; die Wünsche der Petenten werden dabei in Erwägung gezogen werden.

Gegenüber einer vom Reichstage empfohlenen Petition wird der Grundsat aufgestellt, daß eine einheitliche Ermäßigung der allgemein gültigen Gebühren zu Gunsten einzelner oder seltener Fernsprech-Theilnehmer eines Ortes angängig ist.

Einem Beschlusse des preussischen Staatsministeriums vom 27. April 1896 entsprechend, ist von der Ausdehnung der Bestimmungen über die Anrechnung der Militärdienstzeit bis zu einem Jahre auf die vor dem 1. Januar 1892 angestellten Beamten Abstand genommen.

Es ist beabsichtigt, einen Gesetzentwurf über Unfallversicherung der Gefangenen einzubringen, sobald anderweitige Novellen zu den Unfallversicherungsgesetzen vorgelegt werden können.

Die Resolution des Reichstages wegen Einrichtung von Versuchsanstalten zur Erforschung der Maul- und Klauenseuche hat der Bundesrath dem Reichstanzler mit dem Gesuchen überwiesen, darauf hinzuwirken, daß durch die Gesundheitsbehörden des Reichs und der Bundesstaaten nicht nur der Krankheitserregere der Maul- und Klauenseuche, sondern auch ein geeignetes Heilverfahren ermittelt werde. Der Reichstanzler hat diesem Ersuchen entsprochen. Die daraufhin von dem kaiserlichen Gesundheitsamt und einzelnen bundesstaatlichen Anstalten eingeleiteten Untersuchungen sind noch nicht zum Abschlusse gelangt.

Die Eingaben zu Gunsten eines Verbots der Winkeltiere hat der Bundesrath dem Reichstanzler zur Erwägung der Frage überwiesen, ob es sich zum Zwecke der Vermehrung des Thierbestandes empfiehlt, bei Gelegenheit der Abänderung anderer Vorschriften des Strafgesetzbuchs den § 360 Ziffer 13 in geeigneter Weise zu ändern.

In Betreff der Impf-Frage hat der Bundesrath dem Reichstanzler ersucht, nach Benehmen mit den Bundesregierungen eine Kommission von Sachverständigen behufs der Beratung darüber zu berufen, ob und inwieweit etwa nach dem jetzigen Stande der Wissenschaft und der auf dem Gebiete des ImpfweSENS gemachten praktischen Erfahrungen eine Revision oder Ergänzung der zum Vollzuge des Impfgesetzes ergangenen Bestimmungen angezeigt erscheint. Die Einleitungen behufs Berufung dieser Kommission sind getroffen.

Die Forderung, daß die Wahlkommissionen keine amtlichen Erhebungen über die politische Parteistellung der zur Wahl gestellten und gewählten Kandidaten anstellen sollen, wird mit der Bemerkung abgelehnt, daß nach einer von jeder bestehenden Einrichtung die Wahlkommissionen in den Landesregierungen und den beteiligten Reichsbehörden (Reichsamt des Innern und Kaiserl. Statistisches Amt) über das Ergebnis der Reichstagswahlen zu erfassenden Anzeigen unter Anderem auch die Parteistellung des Gewählten und den Haupt-Gegenkandidaten anzugeben haben. Schon im Interesse der Vollständigkeit der Wahlstatistiken, welche dem Reichstag unter Angabe der auf die einzelnen Parteigruppen entfallenden Stimmengahl periodisch vorgelegt werden, kann auf jene Einrichtung nicht verzichtet werden, und es wird angenommen, daß auch dem Beschlusse des Reichstages eine solche Absicht nicht zu Grunde liegt. Eine Vorrichtung, wonach die Parteistellung des gewählten Abgeordneten auch in die zu den Wahlakten gelangende polizeiliche Anzeige über die Wahlbarkeit desselben aufzunehmen ist, besteht nicht.

Die Resolution gegen das Duellwesen hat der Bundesrath dem Reichstanzler überwiesen. Darauf sind die Bestimmungen vom 1. Januar d. J. zur Ergänzung der Einführungsordnungen der Verordnung über die Ehrengerichte der Offiziere im preussischen Heere vom 2. Mai 1874 erlassen worden. Weiter ist seitens des königlichen preussischen Justizministers an die Beamten der Staatsanwaltschaft unter dem 16. November d. J. eine Verfügung über die strafgerichtliche Behandlung der Duellvergehen und der Verleumdungen gerichtet worden, welche den ansehnlichen Bundesregierungen mit dem Anheimsstellen eines entsprechenden Vorgehens mitgeteilt worden ist.

Die nationalpolitische Propaganda strebt in der Gegenwart mit systematischer Konsequenz dem Ziele nach, bei den kommenden Neuwahlen zum Reichstage die Wähler der polnischen Zunge zu einer geschlossenen, dem Kommando der Führer blindlings gehorchenden polnischen Nationalpartei zusammenzufassen. Alle übrigen Wünsche, Wünsche, Interessen der preussischen Staatsbürger polnischer Zunge müssen hinter dieser, den Massen mit allen verfügbaren Mitteln weltlicher und geistlicher Beeinflussung eingeschärften Pflicht zurücktreten. Der nationalpolitische Egoismus geht soweit, daß er von der Aufstellung polnischer Sonderabteilungen selbst in solchen Wahlkreisen nicht Abstand nimmt, wo denselben auch nicht der leiseste Schatten eines Wahlerfolges winkt. Dem agitatorischen Erfolg, um den es dem Polonismus ausschließlich zu thun ist, wird auch mit bloßen Zählendataturen genugsam gedient, und übrigens bleibt ja für wohlthätige Milderer kein Raum. Stichwahlgehe noch Spielraum in Hülle und Fülle.

Oesterreich-Ungarn.

Wien, 15. Dezember. Kaiser Franz Josef empfing heute Vormittag den Statthalter von Böhmen Freiherrn von Goudenhove in Privataudiens.

Peft, 15. Dezember. Abgeordnetenhaus. Auf eine Anfrage Franz Rosinths über die fünfzigjährige Jubelfeier der 1848er Ereignisse, wobei der Interpellant für den Fall, daß die Regierung an einer Feier des 11. April festhalten, aber den 15. März nicht feiern wolle, einen besonderen Antrag anfügt, erwidert der Ministerpräsident Baron Kanitz, daß die Einbringung eines Antrages nicht notwendig sei, da es das erste Verlangen der Regierung sei, die fünfzigste Jahrestage des 11. April 1848 als des Tages der Sanftionierung der 1848er Gesetze feierlich zu begehen. Er (Richter) habe zur Zeit keine Veranlassung, an dieser seiner schon früher abgegebenen Erklärung etwas zu ändern.

England.

London, 15. Dezember. Die „Times“ meldet aus Kapstadt von vorgestern, daß die erste Sektion der deutschen Bahnhine nach Windhoek im Damaraland eröffnet worden ist. Ferner wird der „Times“ gemeldet, daß die deutschen Verwaltungsorgane die ihnen von den Behörden der Kapkolonie geleistete Hilfe bei Unterdrückung des Aufstandes an der Grenze sehr anerkennen.

Amerika.

Newyork, 15. Dezember. Eine hier aus Valparaiso eingetroffene Depesche meldet, daß das chilenische Kabinet demissionirt hat.

Plandereien aus Natur und Leben.

Von A. Wobbermin.

Wiene, Schmetterling und Hummel.

Ein herrlicher Julimorgen! Noch bin ich beim Aufleiden, aber schon vernehme ich die helle Stimme meiner geschätzten Gattin: Mine, den Kaffee auf dem Balkon serviren! Das war zugleich ein Mahnruf, der mich zur Eile antreiben sollte, ich respektierte ihn sofort; in wenigen Minuten hatte ich meine Morgen Toilette beendet und erschien am Kaffeetisch. — Die Morgenlektüre in Gestalt der Stettiner Zeitung lag bereits auf meinem Tisch, daneben die unermeßliche Havana. Die Sonne stieg höher und höher am Firmament und streifte mit ihren goldigen Strahlen die in voller Blüthe stehenden Schling- und Klettergewächse, mit denen der Balkon überreich besetzt war. Da stand in voller Pracht die Feuerbohne mit ihren farinirten Blüten, daneben die wohlriechende Platterbe und weiter die buntgefärbte Kronenwinde und andere Topfgewächse mit den verschiedensten Schmetterlings- und Lippenblüthlern. — Summ, summ, summ! Es ist ein kleines Weschen kommt auch an den Frühlingsblüthen, aber nicht, um sie zu theilen. Sein Fliegen ist von höherer Gabe bedacht. Unbekümmert um Tassenfüßler und Unterhaltung, ohne jegliche Furcht und Befangenheit, umfliehet das leicht bewegte Wesen die blühenden Blüten und pöpselt es sich an eine derselben nieder. Mit ungläubiger Geschwindigkeit öffnet es den Eingang, indem es gleichzeitig mit den Weichen das Gefäß der Blüthe niederbrückt und mit dem Köpfchen die Fahne hebt (ähnlich wie bei den Lippenblüthlern die Unter- und Oberlippe), um den Honig aus den Honiggefäßen, die fast immer tief unten liegen, aufzusaugen. Aber nicht lange dauert, da kommt unser kleines Weschen wieder zum Vorschein und stattet einer andern Blume zu gleichem Zweck seinen Besuch ab und ebenso einer dritten und vierten, um demnach mit der erbeuteten süßen Last dem Wienenpalaste zuzuwenden. Bald darauf sieht man sich kandelnd der bunte Schmetterling, setzt sich auf ein Nimmlein und laßt sich an der noch immer in reichlichem Maße vorhandenen süßen Kost. Aber nicht gewaltig drängt er sich hinein in den inneren Honig der Blüthe, wie dies bei der Biene geschieht, die in ihrer übergeordneten Emsigkeit gar keine Rücksicht auf die inneren zarten Theile nimmt und sich wenig darum kümmert, ob dieselben verletzt oder gar zerstört werden. Leicht und vorzüglich umfliehet er dieselbe, entrollt seinen Saugrüssel und lenkt ihn behutsam in jenen Blüthenthell, der den honigreichen Saft absondert. Sonnentau wie sein Kleid beim Anfluge war, fast ebenso rein und schön zieht er auch wieder von dannen. — Es ist doch ein reizendes, fleisches und zugleich rückwärtsvolles Ding dieser kleine Schmetterling. Allerdings ist er das, ein reizendes Thierchen, aber es ist hierbei nicht außer Acht zu lassen, daß er, als Einzelindividuum betrachtet, für die von dem Wüchsen ihm freiwillig dargebotene Gabe sich nicht in dem Maße dankbar erweist wie die Biene, die für die empfangene Wohlthat einen großen Gegenstand leistet. Einen Gegenstand? So ist es, einen Gegenstand, und es dürfte sich wohl verlohnen, näher darauf einzugehen. — An jeder vollständigen Blüthe unterscheidet man wesentliche und unwesentliche Blüthentheile. Die wesentlichen Blüthentheile, Staubgefäße und Stempel, die man auch Geschlechtsorgane nennt, sind zur Fruchtbildung unumgänglich notwendig, während die unwesentlichen, Reich und Krone, den ersteren nur als Hülle und Schutz dienen. — Zur Erzeugung reifer Samen ist aber die Einwirkung des durch die Staubgefäße erzeugten Blüthenstaubes auf den Stempel notwendig. Diese Einwirkung kann von selbst nur erfolgen, wenn die Staubgefäße höher stehen als die Stempel oder mit diesen gleiche Höhe erreichen. Das ist aber nicht immer der Fall. Man sieht beispielsweise der Stempel in einer Blüthe weit über die Staubgefäße hinaus, wie bei der Feuerbohne, dem Natterkopf etc., dann ist die Selbstbefruchtung sehr erschwert, wenn nicht gar unmöglich; auch dann kann von einer Selbstbefruchtung nicht die Rede sein, wenn die Staubgefäße ihren Blüthenstempel längt verloren haben, ehe der Stempel zur Entwicklung gelangt, wie beim Weidenfarnschußel, der Linde, den malvenartigen Gewächsen und vielen Dolben-gewächsen. — Es kommt weiter vor, daß auf der gleichen Pflanze sich Blüthen finden, die nur Staubgefäße, und andere, die nur Stempel enthalten (Einfachigkeit). Dahin gehören verschiedene Niedgräser, der Natterkopf, der Maiglöckchen, die große und kleine Brennnessel, die Erbe und die meisten unserer Waldkriecher. Bei manchen Gewächsen ist das Geschlecht vollkommen getrennt; ein Exemplar zeigt nur männliche, ein anderes nur weibliche Blüthen, als Hopfen, Hanf, Weiden, Pappeln etc. (Zweifachigkeit). Wie findet nun hier die Befruchtung statt? — Ein kleines, artiges Thierchen, dieser Schmetterling, aber er hat uns etwas abwärts vom Wege

